

Grossbritanniens Stellung in der europäischen Wirtschaft

Autor(en): **Chalfont**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **49 (1969-1970)**

Heft 6

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162318>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Grossbritanniens Stellung in der europäischen Wirtschaft

LORD CHALFONT

Wir nähern uns heute dem Ende unseres Jahrzehnts. Dabei erscheint es angebracht, dass jene unter uns Westeuropäern, denen am künftigen Wohlergehen unseres Kontinents gelegen ist, Rückschau halten und sich bemühen, über das Erreichte Klarheit zu bekommen, und auch die versäumten Gelegenheiten zu untersuchen. Auf diese Weise wird es uns hoffentlich möglich sein, mit grösserer Zuversicht den Anstrengungen entgegenzusehen, die wir künftig zur Lösung der Probleme, die uns auch im Europa der siebziger Jahre vollauf beanspruchen werden, unternehmen müssen. Glücklicherweise handelt es sich bei unseren Problemen nicht um grundlegende Schwierigkeiten von einer Art, wie sie heute den Entwicklungsländern zu schaffen machen, wie etwa Analphabetismus oder Hunger. Auch führen heute die westeuropäischen Staaten keine Kriege mehr gegeneinander. Unsere Hauptaufgaben liegen auf einer anderen, höheren Ebene: Wir stehen vor der Notwendigkeit, eine zusammenhängende europäische Wirtschaftsordnung zu schaffen, bei den Zeitgenossen eine gewisse Begeisterung für dieses Unternehmen zu wecken und die massgebenden Kreise zu bewegen, die Grenzschränken zwischen den einzelnen Staaten niederzulegen. Damit wäre ein erster Schritt in Richtung auf das Endziel, die Verwirklichung einer voll integrierten europäischen Wirtschaft, getan.

Nun erfreuen sich aber doch die meisten Europäer, verglichen mit den Verhältnissen auf anderen Kontinenten, eines beträchtlichen Wohlstandes, leben in relativer Sicherheit und dürften mit ihrer Lage einigermaßen zufrieden sein. Warum kommt nun den genannten Aufgaben trotzdem eine so entscheidende Bedeutung zu? Sie sind deshalb so wichtig, weil sich die Welt heute vor derart grosse und anspruchsvolle Probleme gestellt sieht, dass niemand mehr seine Augen davor verschliessen kann. Ihre Lösung beansprucht unser gesamtes Können und alle unsere Erfahrungen. Aber wir Europäer können nur dann massgeblich dazu beitragen, den Weltfrieden zu sichern, Not und Elend zu lindern und Streitigkeiten beizulegen, wenn wir auf unserem eigenen Kontinent ein volles Mass an wirtschaftlicher Einheit zustande-

gebracht haben. Keiner der westeuropäischen Staaten ist für sich allein so stark, dass er die Probleme der Welt auf eigene Faust anpacken könnte.

Die sechziger Jahre brachten bedeutsame Ereignisse auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Integration Europas. In diesen Zeitraum fiel die Festigung des Gemeinsamen Marktes, des wichtigsten Beispiels eines wirtschaftlichen Integrationsprozesses, und ferner die Gründung und Weiterentwicklung der Europäischen Freihandelsassoziation, dank welcher eine höchst erfolgreiche industrielle Freihandelszone Gestalt annahm, und zwar mit beträchtlichem Vorsprung auf den Zeitplan. Beide Organisationen haben entscheidend zum wirtschaftlichen Wohlergehen ihrer Mitgliedstaaten beigetragen. Dennoch sieht jedermann ein, dass die Trennung Westeuropas in zwei verschiedene Handelsblöcke einer Verschwendung gleichkommt und so bald als möglich überwunden werden sollte.

In diesem Zusammenhang setze ich mich in erster Linie mit wirtschaftlichen Problemen auseinander. Dabei ist es selbstverständlich unmöglich, wirtschaftliche Sachverhalte völlig getrennt von politischen Gesichtspunkten zu diskutieren. Wenn ich es im folgenden unternehme, die Rolle Grossbritanniens im europäischen Wirtschaftsgefüge zu besprechen, so wird man verstehen, dass ich auf die meisten politischen Argumente nicht ausdrücklich eingehen kann. Sie sind jedoch in meinen Ausführungen stillschweigend inbegriffen. Ebenso beabsichtige ich nicht, auf die Stellung Grossbritanniens in anderen Organisationen, wie etwa der NATO, einzutreten, wenn ich mich mit seiner Rolle im europäischen Wirtschaftssystem befasse.

Erste Ansätze für einen europäischen Zusammenschluss

Die Idee eines vereinten Europa ist nicht neu. Aber während früher einzelne Mächte eine Vormachtstellung zu erringen trachteten und von dieser Grundlage aus Europa unter ihren Willen zu zwingen versuchten, gründen seit 1945 die Anstrengungen, eine europäische Zusammenarbeit zu verwirklichen, auf gegenseitiger Achtung der Staaten untereinander und auf ihrem gemeinsamen Willen zu beweisen, dass Europa die althergebrachten Differenzen und Streitereien überwinden kann.

Der grosse europäische Staatsmann Robert Schuman hat einmal gesagt, der Schlüssel zu einer europäischen Einigung sei finanzieller Art: «Europe se fera par la monnaie ou elle ne se fera pas.» Wir müssen diesen Ausspruch im Auge behalten. Dann begreifen wir nämlich, dass die ersten Massnahmen auf dem Gebiet der europäischen Zusammenarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg solche finanzieller Art waren. Damals bestand die Ansicht, Grossbritannien werde im Genesungsprozess Europas eine Schlüsselstellung einnehmen. Man arbeitete Pläne zur Wiederherstellung der Konver-

tibilität des Pfund Sterling aus, um ihm eine dem amerikanischen Dollar ebenbürtige Rolle zu sichern. Darin sah man einen Schritt zur vollen Verwirklichung der potentiellen währungspolitischen Stärke des Vereinigten Königreiches. Die grosse europäische Wirtschaftskrise von 1947 hatte freilich zur Folge, dass – trotz dem amerikanischen Leihvertrag – die Konvertibilität der englischen Währung preisgegeben werden musste. Unsere Freunde in den Vereinigten Staaten liessen sich nicht entmutigen und entwickelten einen Beistandsplan für Europa. Ursprünglich bestand die Auffassung, die amerikanische Hilfe solle nur eine vorübergehende Notmassnahme darstellen. In der Praxis war aber ihre Wirksamkeit von viel längerer Dauer. Das «European Recovery Programme» – oder die «Marshallplan-Hilfe», um hier den gebräuchlicheren Namen zu verwenden – bildete die Grundlage für die wirtschaftliche Sanierung Europas.

Die Vereinigten Staaten bestanden darauf, sich mit Europa als Ganzem und weniger mit den einzelnen Regierungen über die Hilfsmassnahmen ins Einvernehmen zu setzen. Dadurch zwangen sie uns, das zu tun, wovon so viele von uns seit langem gesprochen hatten, nämlich in erspriesslicher Eintracht zusammenzuarbeiten. Auf diese Weise trat die Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit, die OEEC, ins Leben, in welcher die britische Regierung eine massgebende Rolle spielte. Auch nachdem die ihr ursprünglich zgedachte Funktion, nämlich die gezielte Verteilung der amerikanischen Finanzhilfe, überflüssig geworden war, überwachte die Organisation weiterhin die wirtschaftliche Erholung des vom Krieg heimgesuchten Europa. So leistete sie namentlich einer grosszügigeren Handelspolitik der Mitgliedstaaten untereinander Vorschub. Die würdige Nachfolgerin der OEEC, die OECD, führt diese Arbeit in einem erweiterten Rahmen fort. Sie wird heute allgemein geschätzt und leistet ihren Mitgliedern stets gute Dienste.

Grossbritannien und die europäischen Wirtschaftsorganisationen – ein Rückblick

Um ein genaues Bild vom Platz Grossbritanniens im europäischen Wirtschaftsgefüge zu gewinnen, müssen wir vorerst einen kurzen Blick auf die Beziehungen dieses Landes zu den verschiedenen Gremien und Organisationen werfen, die in der Nachkriegszeit entstanden. Der wichtigste Ableger der OEEC, die Europäische Zahlungsunion (EPU) stellte Grossbritannien vor heikle Probleme. Die Rolle des Pfund Sterling als eine der beiden Leitwährungen der Welt und der Wunsch der britischen Regierung, möglichst bald zur Konvertibilität des Pfund Sterling zurückzukehren, standen bis zu einem gewissen Grad im Widerspruch zu den Zielen der EPU. Diese trachtete näm-

lich einfach danach, Schwierigkeiten bei Zahlungen in nationalen Währungen unter den sich gleichgestellten Mitgliedstaaten aus dem Wege zu räumen. Nach Ansicht massgeblicher Leute in einigen europäischen Staaten kam diese Einstellung Grossbritanniens gegenüber der EPU einer Brüskierung des übrigen Europa gleich. Man neigte dazu, in diesem Verhalten ein Zeichen dafür zu sehen, dass Grossbritannien in Tat und Wahrheit nie ein Teil Europas zu werden wünsche. Diese Ansicht bestand sogar noch lange nach dem Ableben der EPU im Jahr 1959 und ihrer Auferstehung in Form des weniger aktiven Europäischen Währungsabkommens.

In diesen ersten Jahren hatten sich die Staaten Westeuropas notgedrungen geeinigt, um die akuten Zahlungsschwierigkeiten zu beheben, die sich wegen der Knappheit an Dollars und der Schwäche der europäischen Währungen ergeben hatten. Seither ist aber im rein europäischen Bereich auf dem Gebiet der Zusammenarbeit im Währungssektor nicht mehr viel von Bedeutung getan worden. Gewiss bestehen wesentliche gemeinsame Interessen im grösseren Rahmen des Zehnerklubs, des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Im allgemeinen handelt es sich hier aber um Gruppierungen, deren Aktivität sich nicht auf Europa beschränkt und die die Währungsprobleme unter einem viel weiteren Blickwinkel betrachten. In diesen Organisationen lässt sich eine engere und intensivere währungspolitische Zusammenarbeit im ausschliesslich europäischen Bereich, wie sie heute nottut, nicht verwirklichen. Selbst die Mitglieder der EWG machten die Erfahrung, dass Fortschritte in Richtung auf eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik nur schwer zu erreichen sind. Immerhin scheint, wie sich aus einigen Anzeichen schliessen lässt, auch innerhalb der EWG die Auffassung an Gewicht zu gewinnen, dass die wirtschaftliche und währungspolitische Zusammenarbeit als Tätigkeitsbereich für die Mitgliedstaaten immer wichtiger wird. Wir halten eine solche Entwicklung für begrüssenswert, und zwar namentlich dann, wenn sich die angestrebte Zusammenarbeit auch auf Staaten erstreckt, die zwar der EWG nicht als Mitglieder angehören, deren Währungsprobleme aber nicht getrennt von denen der übrigen europäischen Staaten gelöst werden können.

Im Jahr 1950 kam es zu einem Schritt von erstrangiger Bedeutung für die Integration Europas. Damals unterbreitete nämlich der französische Aussenminister Robert Schumann den Vorschlag, dass «die gesamte französisch-deutsche Kohlen- und Stahlproduktion einer gemeinsamen, übergeordneten Instanz unterstellt werden» solle. Anderen Ländern sollte der Beitritt zu einem solchen Übereinkommen – Schuman bezeichnete es «als einen ersten Schritt zur Vereinigung Europas» – offenstehen. Die Regierungen Frankreichs, Italiens, der Bundesrepublik, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs befassten sich eingehend mit Schumans Vorschlag. Schliesslich kam es zur Unterzeichnung des Pariser Vertrages von 1951. Auch Grossbritan-

nien war ersucht worden, an den Verhandlungen teilzunehmen. Die britische Regierung lehnte die Einladung aber ab. Die Gründe für unser damaliges Verhalten waren vielschichtig und werden oft falsch verstanden. Sie lassen sich zum Teil auf die innere Entwicklung zurückführen, welcher damals unsere eigene Kohlen- und Stahlindustrie unterworfen war. Erst kurz zuvor hatte die Regierung den britischen Kohlenbergbau verstaatlicht, und man glaubte nun, dass der Grad der Internationalisierung dieses Wirtschaftszweiges, wie er dem Geist des Pariser Vertrages entsprach, die zahlreichen strukturellen Probleme, die die nationale Kohlenbehörde zu lösen sich bemühte, nur noch komplizieren würde. Auch die Stahlindustrie befand sich mitten im Prozess der Verstaatlichung, und die für die Zukunft wahrscheinliche Verhaltensweise des dermassen geschlossenen staatlichen Industriezweiges im internationalen Bereich war damals noch nicht klar voraus-zusehen.

Aber wir gewinnen wohl noch ein besseres Verständnis für die Gründe unserer Handlungsweise, wenn wir uns nochmals das politische Klima des Zeitraumes vergegenwärtigen, in den die Gründung der Europäischen Kohlen- und Stahlgemeinschaft fiel. Dann wird man sich nämlich daran erinnern, dass der Schumanplan aufs engste mit dem damaligen französischen Anliegen verknüpft war, den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufstieg Westdeutschlands in Europa unter Kontrolle zu halten. Zur gleichen Zeit trugen die Vereinigten Staaten die Last des Koreakrieges. Sie bestanden deshalb darauf, dass auch Westdeutschland seinen Beitrag zur Verteidigung Europas leisten sollte. Dieser Umstand verlieh dem Konzept der Internationalisierung der wichtigsten materiellen Hilfsquellen neue Impulse. Desgleichen trug er aber später auch teilweise zur Weigerung Frankreichs bei, das Abkommen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu ratifizieren. Dabei enthielt gerade dieser Vertragsentwurf Ansätze zu einer umfassenden politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas. Derartige politische Überlegungen nahmen sich vor weniger als zwanzig Jahren noch ungemein wichtig und gegenwartsbezogen aus. Mittlerweile sind sie von den Ereignissen bereits überholt worden. Aber selbst damals stellten die Signatarstaaten des Pariser Vertrages einen allenfalls möglichen Beitrag Grossbritanniens im Rahmen der Montanunion in Rechnung, wussten sie doch um die Grösse und Leistungsfähigkeit der betreffenden britischen Industriezweige. Unverzüglich leiteten sie Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen mit Grossbritannien in die Wege. Im Dezember 1954 kam es zur Unterzeichnung eines entsprechenden Vertrages. Es wurden ein gemischter Assoziationsrat und mehrere ihm unterstellte Ausschüsse eingesetzt. Diese Gremien beschlossen zahlreiche für Grossbritannien und die Gemeinschaft gemeinsam verbindliche Massnahmen und setzten sie im Lauf der Jahre in die Tat um.

Die Verwirklichung des Schumanplanes brachte gleichsam den Beginn einer neuen Betrachtungsweise des Problemkreises der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa. Bis zu diesem Zeitpunkt stand die Kooperation jedem Staat offen, der eine angemessene Rolle bei der Förderung der gemeinsamen Anliegen zu spielen bereit war und doch selbst an der letztinstanzlichen Entscheidungsbefugnis festhalten wollte. Der britischen Regierung schien diese Konzeption richtig, und in der Tat zeitigte diese ja hervorragende Resultate; dies gilt insbesondere für den Fall der OEEC. Bis 1950 aber waren viele führende Europäer zum Schluss gekommen, dass sich auf dem Weg begrenzter Zusammenarbeit wohl kaum Fortschritte von der Art erreichen liessen, wie sie sie als wünschenswert erachteten. Bald trat die Idee der Gemeinschaft in den Vordergrund. Sie fand im Schumanplan ihren Ausdruck. In ihm nahm eine neue Vorstellung der europäischen Zusammenarbeit Gestalt an: Die einzelnen Mitgliedstaaten sollten nämlich gewisse Befugnisse zu Handen der Gemeinschaft abtreten. Die logische Folge dieses Prinzips war der Ausschluss jener Staaten, die nicht bereit waren, einen solchen Verzicht zu leisten.

Gründung der EWG ohne Grossbritannien

Die Gründe für den britischen Entschluss, die Einladung von Messina vom Jahre 1955 nicht anzunehmen, liegen viel tiefer als jene, die uns vom Beitritt zum Pariser Vertrag zurückhielten. Im Lauf der fünfziger Jahre beanspruchte uns der Prozess der Auflösung eines Weltreiches in hohem Masse. Jeder mann wusste, dass eine Abkehr von der bisherigen Politik der Einfuhr billiger Nahrungsmittel aus dem Gebiet des Commonwealth nicht nur für die Lebenskosten der englischen Durchschnittsfamilie, sondern auch für viele am Anfang ihrer Entwicklung stehende Länder und Territorien des Commonwealth gewaltige Auswirkungen nach sich ziehen würde. Die Wirtschaft der meisten Commonwealthländer war noch schwach und hing in hohem Masse vom englischen Markt ab. Selbst für die Wirtschaft der älteren und höher entwickelten Länder des Commonwealth wären die Folgen gross gewesen. Das ganze Problem erschien damals viel aktueller als heute, da sich ja mittlerweile die Lage auf den Weltmärkten tiefgreifend verändert hat. 1959 machten unsere Importe aus dem Commonwealth 35,5 Prozent unserer gesamten Einfuhr aus, 1968 hingegen nur noch 23,7 Prozent. Ähnlich entwickelten sich die Ausfuhrziffern. 1959 gingen 36,4 Prozent sämtlicher britischer Exporte nach Commonwealth-Ländern. Dieser Anteil fiel bis 1968 auf 22,3 Prozent. Auch wenn England der EWG beitrifft, bleiben noch genug Commonwealth-Probleme, die der Lösung harren. Sie nehmen sich aber heute weit weniger kompliziert aus als noch vor einigen Jahren.

Wir können die britische Reaktion auf die Einladung von Messina nur verstehen, wenn wir die Auswirkungen des früheren Misserfolgs in der Frage der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in Betracht ziehen. Das Scheitern dieses Projektes rief nämlich in Grossbritannien den Eindruck hervor, in Europa bleibe für viele Jahre eine wirkungsvolle Zusammenarbeit ohnehin unerreichbar.

Es waren vor allem die starke Inanspruchnahme durch Angelegenheiten ausserhalb Westeuropas und die damals berechtigten Zweifel am Willen der europäischen Staaten, ein gewisses Mass an Einigkeit zu verwirklichen, die uns veranlassten, die Einladung von Messina im Jahre 1955 abzulehnen. Dies hatte den Ausschluss Englands von den Verhandlungen zur Folge, die zur Unterzeichnung des Römer Vertrages führten. Grossbritannien war sich über das Wirtschaftspotential des kommenden Gemeinsamen Marktes völlig im klaren und schlug – noch vor der Unterzeichnung des Römer Vertrages – die Schaffung einer erweiterten Freihandelszone vor. Aber die Absichten der Kreise, die eine lockere Handelsgruppierung befürworteten, liessen sich nicht mit den Zielen der Regierungen der Sechsergemeinschaft in Einklang bringen. Diese strebten einen fester gefügten Wirtschaftsblock an. Somit liess es sich nicht vermeiden, dass die von Grossbritannien vorgeschlagenen Verhandlungen ohne Ergebnis blieben. In der Folge entwickelte sich die Gemeinschaft ohne die Mitgliedschaft Grossbritanniens oder der kleineren Staaten Europas. Eine deutliche Trennungslinie zog sich von nun an durch ganz Westeuropa. Bezeichnenderweise trug die Sowjetunion ganz unverhüllt dazu bei, diese Kluft zu vertiefen, indem sie sich gegenüber der EWG feindselig, gegenüber der EFTA aber relativ wohlwollend verhielt.

Bildung der EFTA

Nachdem die EWG einmal Wirklichkeit geworden war, machten sich die meisten westeuropäischen Staaten ausserhalb der Sechs Sorgen über die Auswirkungen auf ihren ansehnlichen Handel mit den Ländern der Sechsergemeinschaft wie auch über die Tatsache, dass dieses neue Wirtschaftsbündnis für die Stärke und Einheit Europas insgesamt eine Gefährdung darstellte.

Die Mitglieder der OEEC, die der Sechsergemeinschaft nicht beigetreten waren, suchten nun nach einer Alternativlösung. Sie schlossen sich zur EFTA zusammen, die den unbehinderten Handel mit Industriegütern ermöglichte. Als letztes Ziel behielten sie aber eine weiträumigere europäische Gruppierung im Auge. Wie bereits erwähnt, hat die EFTA ihre Ziele erreicht. Sie darf als ein wirtschaftlicher Erfolg bezeichnet werden, und – was vielleicht noch wichtiger ist – sie ermöglichte es allen ihren Mitgliedern, Erfahrungen auf dem Felde gedeihlicher europäischer Zusammenarbeit zu sammeln. Es liegt mir fern, leichtfertig über die Probleme hinwegzusehen, der sie sich

von Zeit zu Zeit gegenübergestellt sah. Aber wichtiger ist doch wohl ein Hinweis auf die Entschlossenheit ihrer Mitglieder, der EFTA zu einem Erfolg zu verhelfen.

Sowohl die Mitgliedstaaten der EWG als auch jene der EFTA zogen grossen Nutzen aus ihren Organisationen. Besonders in der Anfangszeit ihrer zwar nicht aufeinander abgestimmten Operationen ermöglichten beide Wirtschaftsblöcke eine Ausweitung des Handels. Um dieses Zieles willen waren sie ja auch geschaffen worden. Wie die Geschichte der Beziehungen Englands zur EWG zeigt, kam schon zu einem frühen Zeitpunkt sowohl in London als auch in den meisten Hauptstädten der Staaten Europas der Wunsch zum Ausdruck, die Zollschranken niederzulegen, die nach den Verhandlungen über die Freihandelszone errichtet worden waren.

Was die Massnahmen Grossbritanniens anbelangt, so beschloss die Regierung im Juli 1961, sich um die Mitgliedschaft bei den europäischen Gemeinschaften zu bewerben. Jedermann betrachtete dies damals als einen entscheidenden Schritt in unserer Geschichte. Der Entschluss unserer Regierung ging zum Teil auf den Umstand zurück, dass sie sich der auf längere Sicht sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf politischem Gebiet ungünstigen Auswirkungen der Trennung Westeuropas in zwei verschiedene Wirtschaftsblöcke bewusst war. Zum Teil gründete er aber auch auf der veränderten Stellung Grossbritanniens in der Welt. Die fünfzehn Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatten die Umwandlung des Empire gebracht, und damit war auch eine Veränderung der britischen Interessen, unserer Verhaltensweise und unseres Handelsgebarens eingetreten. Wir rangen uns nur langsam zum Entschluss durch, uns um die Mitgliedschaft zu bewerben. Aber nachdem wir den Entscheid einmal getroffen hatten, liessen wir uns nicht mehr davon abbringen.

Grossbritanniens Bemühungen um einen Beitritt zur EWG

Ich beabsichtige nicht, die Geschichte der Verhandlungen um den Beitritt Grossbritanniens von 1961 bis 1963 in allen Einzelheiten darzustellen. Sie kamen infolge des französischen Vetos zu keinem Ziel. Die britische Regierung hielt aber an der Überzeugung fest, dass unser Beitritt zu Europa eine Notwendigkeit sei. Deshalb bewarb sich die gegenwärtig im Amt stehende Regierung im Mai 1967 erneut um die Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt, und wiederum blockierte Frankreich unseren Vorstoss. Es weigerte sich nämlich, Verhandlungen über unser Gesuch wie auch über die Anträge Dänemarks, Norwegens und der Irischen Republik zu eröffnen. Aber diesmal wichen wir von der einmal festgelegten Politik nicht ab. Unsere Bewerbung bleibt in Brüssel pendent, und wir warten immer noch auf eine Antwort.

Es ist sehr zu bedauern, dass der gegenwärtige Stillstand in der europäischen Entwicklung einem Mangel an tieferen Beziehungen und echtem Verständnis zwischen zwei alten Freunden zuzuschreiben ist, zwischen zwei Staaten, die durch ihre gemeinsam erlebte Geschichte eigentlich eng miteinander verbunden sein sollten. Die Gründe für diesen leidigen Umstand lassen sich nicht leicht aufdecken. Zum Teil mag er auf der Tatsache beruhen, dass Grossbritannien und Frankreich im Verlauf von fünfzehn Jahren – in politischer Sprache ausgedrückt – bis zu einem gewissen Mass ihre Rollen vertauscht haben. Als wir vor einem Bekenntnis zu Europa noch zurückschreckten, verfolgte Frankreich betont supranationale Ziele. Als wir dann später in der europäischen Einigung die einzig vernünftige Zukunft für unseren Kontinent sahen, zeigte uns Frankreich die kalte Schulter und befolgte eine ausgesprochen nationale Politik. Die französische Regierung suchte ausschliesslich durch die französische und nicht durch die europäische Brille nach einer Antwort auf die Probleme der Zeit. Mehr als irgendein anderes Land Europas verfügen Frankreich und England über eine Fülle von Kenntnissen und Erfahrungen im Verkehr mit anderen Kontinenten. Wir in England glauben, dass hier wertvolle Aktivposten vorliegen, die wir bei der Lösung der Probleme der Welt nutzbar machen könnten, sofern wir im Rahmen eines geeinten Europa zu handeln vermögen.

Wir haben die allfällige Mitgliedschaft bei der EWG nie als eine Lösung für alle wirtschaftlichen Probleme Grossbritanniens betrachtet. Die Abwertung des Pfundes bedeutete für uns einen schmerzhaften Beschluss. Als unsere Regierung im November 1967 ihren Entscheid fällte, wussten wir, dass sich die erwünschten Resultate nicht sofort einstellen würden. Heute hoffen wir zuversichtlich, im Verlauf der nächsten zwölf Monate ein stetes Wirtschaftswachstum und einen befriedigenden Zahlungsbilanzüberschuss verwirklichen zu können. Es ist nun gewiss eine wichtige Aufgabe, die Zahlungsbilanz Grossbritanniens zu verbessern und es uns damit zu ermöglichen, unsere Schulden zurückzuzahlen. Dennoch sollte uns die Auseinandersetzung mit diesem relativ kurzfristigen Problem nicht veranlassen, die auf längere Sicht bedeutsame Kraft und Fähigkeit des Vereinigten Königreiches, weiterhin eine Rolle auf der wirtschaftlichen Bühne der Welt zu spielen, aus den Augen zu verlieren.

Grossbritannien ist bereit

Weitaus am wichtigsten erscheint mir die langfristig gültige Struktur des europäischen Wirtschaftssystems. Wenn Europa der Herausforderung eines weltweiten industriellen Aufschwungs begegnen und dem Angriff des überseeischen Wettbewerbs standhalten will, dann müssen wir uns schnell zu

einer wirksamen Rationalisierung unserer materiellen Hilfsquellen bereit finden. Den europäischen Unternehmen muss die Möglichkeit offenstehen, sich den riesigen europäischen Markt *in seiner Gesamtheit* nutzbar zu machen, im Gegensatz zum bisherigen, unzulänglichen Verfahren, wo sie es mit den einzelnen und verhältnismässig kleinen einzelstaatlichen Märkten zu tun hatten. Um dies zu erreichen, muss die britische Industrie, die übrigens den Vergleich mit der Industrie irgendeines andern europäischen Staates nicht zu scheuen braucht, mit ihren Partnern auf dem Kontinent zusammenarbeiten. Wir können dabei mit unserer ausgeprägten technischen Fertigkeit, unserem Know-how und unserer umfassenden Kenntnis der aussereuropäischen Märkte zum gemeinsamen Erfolg beitragen. Wie die neuesten Exportzahlen zeigen, sind wir bereits daran, den lange ersehnten Durchbruch auf den Märkten Europas zu verwirklichen. Wir dürfen uns aber damit nicht zufriedengeben, sondern müssen eine transeuropäische Wirtschaftskonzeption zu verwirklichen suchen. Dies wird uns am ehesten dann gelingen, wenn wir ein wahrhaft geeintes und in sich geschlossenes Europa bauen. Wenn wir nicht bald den Handschuh der wirtschaftlichen Herausforderung aufnehmen, wird auch die europäische Einheit im politischen Sinn des Wortes verlorengehen. Denn ohne wirtschaftliche Stärke und Selbstvertrauen erscheinen Begriffe wie «politische Integration» und «Unabhängigkeit» als bedeutungslos, wenn nicht gar als ein Hohn.

Grossbritannien vermochte sich innert kurzer Zeit in einem dramatischen Prozess seiner veränderten Stellung in der Welt anzupassen, ohne dass es darüber zu einer Revolution oder zu einer Demütigung unseres Landes gekommen wäre. Dies allein ist schon eine eindruckliche Leistung, auf die wir stolz sein dürfen. Sie auferlegte uns viele schmerzhaftes Entschlüsse, aber wir haben die nötigen Entscheide mit Weitblick und mit Mut getroffen. Wir haben sozusagen den zu gross gewordenen Herrschermantel mit dem Strassenanzug vertauscht. Dabei zeigen wir uns weder niedergeschlagen noch über die Welt enttäuscht. Wir haben schon lange auf unseren Rang als Weltmacht verzichtet, und wir tragen uns nicht mehr mit der Absicht, uns allein mit den Supermächten zu messen und dabei unsere Ressourcen übermässig zu beanspruchen.

Aber ebensowenig wollen wir uns den Ruf des Vertrauens und des Ansehens nehmen lassen. Wir geben die alten Freunde nicht preis, und wir verschmähen die neuen nicht. Wir glauben, dass wir nach wie vor eine wichtige Rolle in unserer ruhelosen Welt zu spielen haben, und wir beabsichtigen, diese Aufgabe im Rahmen eines geeinigten Europa zu erfüllen. Vielleicht empfinden wir dabei die ersten Schritte als besonders schmerzvoll. Aber je früher wir sie tun, desto früher wird Europa wieder den ihm gebührenden ehrenvollen und angesehenen Rang in der Welt einnehmen.